

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1928

107 (3.3.1928) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens
Karlsruhe, Samstag, den 3. März 1928.

Bezugspreis frei Haus monatlich 2.—
R.M. im Voraus im Verlag od. in den
Vertriebsstellen abgeholt 2.50 R.M. Durch
die Post bezogen monatlich 2.50 R.M.
Einzelpreise: Verkaufsnummer 10 Pf.
Sonntagsnummer 15 Pf. — Im Fall
höherer Gewalt Streik Auslieferung ic.
hat der Besteller keine Ansprüche bei
verweigerter oder nicht-Erfüllung der
Zeitung Abbestellungen können nur
bis zum 25. ds. Mts auf den
Monatsheften angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Spalte
140 R.M. Stellengeld Familien-
und Weltausstellungs-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Reklame-Spalte
2.— R.M. an erster Stelle 2.50 R.M.
Bei Wiederholung tarifmäßiger Rabatt,
der bei Nichterhaltung des Stiles bei
geringerer Verbreitung und bei Kon-
kurrenz anderer Blätter tritt. Bestellen
per und Geschäftsstand in Karlsruhe.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Ziergarten
: Chefredakteur Dr. Walter Schuber,
: Reichstagsmitglied, verantwortlich für
: deutsche Politik und Wirtschaftspolitik.
: Dr. G. Reizner: für auswärt. Politik.
: M. Wöhe: für bad. Politik u. Nachr.
: M. Dolzinger: für Kommunalpolitik.
: K. Winder: für Soziales und Sport.
: H. Wolter: für das Reichstags-
: G. Welsner: für Ober- und Kon-
: zert: Ehr. Dertle: für den San-
: delsteil: H. Feld: für die Anzeigen.
: H. Rinderauer: alle in Karlsruhe.
: Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiser.
: Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054
: Geschäftsstellen: Mittel- und Vamm-
: Straße-Gr. Postcheckkonto: Karls-
: ruhe Nr. 8359. Beilagen: Post und
: Deimat / Literarische Wochen Roman-
: Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
: Baden und Heften / Danks und
: Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Die Aufgaben der deutschen Flotte.

Der Reichswehrminister fordert den Panzerkreuzer.

Der gefährdete Osten. — Die Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstags.

* Berlin, 2. März. (Zuspruch) In der Aussprache über den Marineetat im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm Reichswehrminister Dr. Groener das Wort. Er betonte, daß der Gedanke, nur mit Kreuzern auszukommen, absolut abwegig sei. Die leichten Seestreitkräfte brauchen einen Rückhalt an Kampfschiffen, sonst sei die Seefriedensführung nichts anderes als eine Flucht in den schützenden Hafen, aus dem sie dann nicht mehr herauskommen würde. Ein Blick auf die Karte beweise

- die Wichtigkeit der freien Ostsee und ihre leichte Gefährdung. Die Aufgaben unserer Flotte seien:
1. der Schutz der Küsten,
 2. die Sicherung für uns lebenswichtiger Verbindungen über die Ostsee,
 3. das Offenhalten der Ostseehäfen Königsberg, Stettin, Lübeck und Kiel,
 4. die Sicherung unserer Verbindung mit Ostpreußen und
 5. die Sicherung unserer Neutralität.

Der Einwand, man könne Ostpreußen besser auf wirtschaftlichem Gebiete helfen, sei nicht stichhaltig, denn

wirtschaftliche Maßnahmen allein könnten die Gefahr nicht beseitigen, die durch kriegerische Verwicklung drohe,

ohne daß wir daran aktiv beteiligt seien. Zum Schutze Ostpreußens sei das Zusammenwirken von Landheer und Marine erforderlich. Ostpreußen werde auf den Schutz seiner Seeverbindungen nicht verzichten können und wollen. Mit dem Auswärtigen Amt befinde sich das Ministerium in Uebereinstimmung. Natürlich werde es Leute geben, die in jedem Pfingsten eines Bäumchens das Gift der Propaganda sehen, aber wir dürfen auch nicht in eine unheimliche Schwäche verfallen. Die schwierige finanzielle Lage dürfe keineswegs noch verhindern.

Wir dürfen uns freimütig nicht noch mehr entwasfen, als wir dazu gezwungen seien.

Wenn das Panzerschiff jetzt nicht gebaut werde, dann würden wir zu sehr erheblichen unproduktiven Ausgaben in den nächsten Jahren gezwungen sein. Jedes Jahr der Verzögerung steigere diese Kosten. Alle Gründe militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art forderten den Bau. Der Minister hat zum Schluß dringend um die Genehmigung des Panzerschiffes.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Eggerstedt legte dann die Gründe dar, die nach Meinung seiner Partei gegen den Bau von Panzerschiffen sprächen. Abgeordneter Dr. Haas (Dem.) begründete den ablehnenden Standpunkt seiner Partei zum Panzerschiff. Wenn der Angriff von Polen komme, müßten wir eben den Korridor zu Lande überrennen, sonst sei Ostpreußen verloren. Deshalb trete er für die Stärkung des Landheeres ein. Der Volksparteiler Brüninghaus sprach sich für die Bewilligung des Panzerschiffes aus und wies darauf hin, daß Polen den Kriegshafen Gdingen zum Konturrenzhafen von Kiel mit allen Mitteln ausbaue. Ministerialdirektor Dr. Brecht begründete den Reichstagsbeschuß auf Streichung des Panzerschiffes und erklärte, wir seien keine Knechte oder Freigelassene, die alles täten, was ihnen erlaubt sei, sondern Männer, die frei entscheiden, was im Rahmen des Möglichen für Deutschland zweckmäßig und dringend sei. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Wegmann stimmte dem Bau zu. Für die Deutschnationalen erklärte Abgeordneter Treppner, wer die Marine besahe, müsse ihr auch die nötigen Schiffe gewähren. Die Weiterberatung wird am Samstag fortgesetzt.

Phöbus-Friede.

m. Berlin, 2. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Konflikt um die Phöbus-Angelegenheit, der am Donnerstag drohlich genug ausah, ist am Freitag wenigstens vorläufig zu einer befriedigenden Regelung gebracht worden. Der Reichswehrminister hat dem Ausschuh die Erklärung abgegeben, daß der Kanzler den Wunsch habe, die parlamentarische Erledigung auch weiterhin in der Hand zu behalten, daß aber sein Gesundheitszustand ihm im Augenblick die Führungnahme nicht gestatte und daß er deswegen um Vertagung bitte. Gleichzeitig hat aber Groener seine entschiedene Mißbilligung über die Transaktionen ausgesprochen, die im Bereiche des Reichswehrministeriums vorgekommen sind, und die Zusage gegeben, daß er für künftige Zeiten eine Wiederholung unmöglich machen werde.

Damit ist eigentlich alles geschehen, was billigerweise verlangt werden konnte, und man darf annehmen, daß mit dieser Formel die Friedensverhandlungen eingeleitet werden könnten. Es scheint auch nach der vorsichtigen Taktik, die daraufhin die Sozialdemokraten einschlugen, als ob bei der Opposition jetzt der Wille besteht, nicht mehr Staub aufzuwirbeln, als unbedingt notwendig ist. Das Kabinett März hat lediglich eine Erbschaft übernommen, für deren Erledigung es selbstverständlich die Verantwortung trägt, ist aber politisch mit der ganzen Affäre doch kaum zu befaßt, was um so eher ein Grund sein sollte, den ganzen Streit zu lassen.

Mit einem Gewinn von einigen Tagen freilich ist nicht allzuviel erreicht. Der Kanzler ist immer noch krank und, soweit wir wissen, ist er gesundheitlich so angegriffen, daß er nicht sofort die Dienstgeschäfte wieder aufnehmen kann, sondern erst in Urlaub gehen muß. Das böte die Möglichkeit, die Phöbus-Angelegenheit überhaupt von dem Etat zu trennen und erst später zu erledigen. Sollte

Der deutsch-französische Handelsvertrag vor der Kammer.

F.H. Paris, 2. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der französische Senat erörterte heute das von der Kammer angenommene Gesetz über den deutsch-französischen Handelsvertrag, das französisch-schweizerische und das französisch-italienische Handelsabkommen sowie das Zollabditio. Die Debatte über den deutsch-französischen Handelsvertrag gestaltete sich sehr kurz. Der Berichterstatter Koel erklärte, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vom Locarnogeist erfüllt gewesen wären, doch habe das deutsch-französische Abkommen Beschwerden der Schweiz hervorgerufen, worauf man dieser gewisse Zollermäßigungen zugestehen mußte, die automatisch Deutschland

und Italien zugute gekommen seien. Sollte sich das Abkommen mit Deutschland nicht bewähren, so könnte es im April 1929 aufgekündigt werden. Zu einer langwierigen Debatte gab das Zollabditio Anlaß. Bekanntlich hatte schon die Kammer die von der Regierung vorschlagenen Zollsätze heftig bemängelt. Dem Senat scheint die Kammer noch nicht weit genug gegangen zu sein; von ihm sind weitere Erhöhungen der Zolltarife zu erwarten.

Französisches Beileid zum Recklinghauser Bergwerksunglück.

F.H. Paris, 2. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Minister für öffentliche Arbeiten, André Tardieu, richtete an den preussischen Arbeitsminister folgendes Telegramm: „Ich bitte Sie, die Versicherung meines herzlichsten Beileids anlässlich des gestrigen Unglücks entgegenzunehmen. Die französischen Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter schließen sich diesem Ausdruck der Gefühle an, die Ihnen zu übermitteln mir ein Bedürfnis ist.“

Revolverattentat in Berlin.

Ein auffeherregender Vorfall im Reichsentschädigungsamt.

m. Berlin, 2. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am Freitag nachmittag wurde im Gebäude des Reichsentschädigungsamtes in Berlin-Friedenau ein Attentat auf den stellvertretenden Präsidenten des Amtes, den Geh. Justizrat Bach, verübt. Ein ehemaliger ostafrikanischer Farmer, Langloop, hatte sich bei dem Beamten angemeldet und verlangte von ihm, nachdem er Zutritt erhielt, die Auszahlung seiner Entschädigung, die er mit 112 000 Reichsmark bezifferte. Dabei drohte er, es wäre ihm einleuchtend, was sich jetzt ereignete. Wenn man seinem Verlangen nicht nachkomme, so würde er unverzüglich die in einer Handtasche mitgebrachten 15 Pfund Sprengstoff zur Entzündung bringen. Geheimrat Bach ließ sich nicht einschüchtern, sondern verjagte den aufgeregten Mann zu beruhigen. Er begann eine lange Verhandlung mit ihm anzunehmen, die sich beinahe vier Stunden hinzog. Langloop blieb jedoch bei seiner Drohung, und so gab der Beamte dann der Kasse telefonisch den Auftrag, einen Scheck über 112 000 Mark auszustellen. Während dieses Telefonats befiehlt Langloop

die Zündschnur in der linken Hand und ließ sie auch nicht los, als ihm der Beamte eine Zigarette anbot, in der Hoffnung, der unheimliche Besucher würde die Schnur dabei loslassen. Schließlich erhoben sich beide, um gemeinsam an die Kasse zu gehen. Auf dem Gang ließ der Farmer die Zündschnur fallen. Der entsetzte Beamte verlor sich angesichts der drohenden Katastrophe zu retten. Nun zog Langloop seinen Revolver und gab damit mehrere Schüsse ab.

die erfreulicher Weise den Beamten nicht traf. Die Detonation in dem Amtsbau veranlaßte, daß aus allen Zimmern Beamte herbeijetzt, um Hilfe zu bringen. Nach einem erbitterten Ringen, an dem sich unter anderem der Präsident des Amtes selbst beteiligte,

gelang es, den Attentäter zu übermütigen. Zwar versuchte er noch, den Sprengstoff zur Entzündung zu bringen, doch mißlang ihm dieser Entschluß. Der Farmer wurde der herbeigerufenen Polizei übergeben, die dann feststellte, daß es sich um einen Flüchtling aus Ostafrika handelt, der sich auch in den Kolonialkriegen ausgezeichnet hat. Er fiodelte nach dem Krieg nach Lanenslein über, wo er sich als Kaufmann betätigte. Sein Schaden wurde vom Reichsentschädigungsamt auf 41 000 Mark festgesetzt, auf die er bereits 21 Prozent erhalten hat. Er war heute nach Berlin gekommen, um entweder das Amt in die Luft zu sprengen oder durch seinen Erpressungsakt das Geld herauszuloden. Der Präsident des Amtes hat gegen den Farmer Strafanzeige wegen Mordversuch, Raubverbrechen, Erpressung, Nötigung und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz erstattet.

Flugzeugabstürze in England.

v.D. London, 2. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der Grafschaft Kent stürzte heute ein Bombenflugzeug aus 800 Meter Höhe ab und fiel in der Nähe der Insel Grain auf den felsigen Küstengrund. Die drei Insassen waren sofort tot. Es werden jetzt auch nähere Einzelheiten über ein gestern stattgefundenes Unglück bekannt, bei dem über dem Flugplatz von Dungenford drei Flugzeuge zusammenstießen und notlandeten mußten, wobei ein Fliegeroffizier getötet wurde. Das Luftfahrtministerium hat angeordnet, daß eine besondere Untersuchung über die Ursache dieser Katastrophe eingeleitet wird.

Genfer Ergebnisse.

Fertigstellung der Typenverträge.

le. Genf, 2. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute hat der Redaktionsausschuß des Sicherheitskomitees seine Arbeiten fortgesetzt. Wie man erfährt, ist der Typenvertrag Schiedsgerichts- und Vergleichsverfahren endgültig fertiggestellt worden. Er zerfällt in eine Einleitung und in vier Abschnitte mit insgesamt 37 Kapiteln. Der erste Abschnitt befaßt sich mit der friedlichen Regelung von Streitigkeiten, der zweite mit den Schiedsverfahren im einzelnen, der dritte Teil regelt die Prozedur des Vergleichsverfahrens und der vierte enthält allgemeine Bestimmungen.

Morgen wird man nun an die Formulierung des Typenvertrages herangehen. Im Rohbau ist auch dieser Vertrag bereits fertiggestellt. Wie es heißt, soll er im wesentlichen das Werk des englischen Juristen Cecil Hurst sein und sich an das in Locarno festgelegte Verfahren halten, also eine Nichtangriffsklausel, die Klausel der schiedsgerichtlichen Verlegung von Konflikten und die Klausel der gegenseitigen Hilfestellung enthalten.

Der Text der Empfehlungen über die „guten Dienste des Völkerbundes“ beim Abschluß von regionalen Sicherheitsverträgen“ ist auch fertiggestellt, nachdem man gestern zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen war und heute von deutscher Seite noch einige reaktionelle Änderungen durchgesetzt worden sind. Darnach wird folgendes Verfahren für die Durchführung der „guten Dienste“ des Völkerbundes beim Abschluß solcher Verträge festgelegt: Wenn ein Staat glaubt, daß seine Sicherheit durch den Völkerbund nicht genügend gewährleistet wird, kann er sich an den Rat wenden und ihn um seine guten Dienste beim Abschluß von regionalen Verträgen bitten. Der Rat wird diesem Ersuchen stattgeben, wenn eine Anzahl Vorbedingungen geschaffen sind. Soweit man hört, handelt es sich um folgende vier Bedingungen: 1. Es muß der formale Antrag gestellt sein, 2. soll die politische Lage nachgeprüft werden, 3. soll das regionale Abkommen dem Frieden dienen, 4. soll kein Druck auf die beteiligten Staaten ausgeübt werden. Es wird wahrscheinlich am Montag eine Vollung der Sicherheitskommis-

sion stattfinden, die die endgültigen Texte der Typenverträge und des Berichtes billigen wird.

Falls unsere Informationen über den Text sich bestätigen, kann man wohl sagen, daß für die spezielle Lage Deutschlands keine Gefahren aus den „guten Diensten des Völkerbundes“ entstehen können. Denn die Vorbedingungen sind derart, daß jeden Augenblick von deutscher Seite Bedingungen für den Abschluß neuer regionaler Verträge aufgestellt werden könnten, über die sich auch der Völkerbund nicht hinwegsetzen kann. Man hätte demnach zwar in den Verhandlungen sich ziemlich im Kreise gedreht, aber es wäre immerhin verhütet worden, daß man von Deutschland ohne weitere Vorbedingungen den Abschluß eines Locarno oder ähnlicher Verträge verlangen könnte.

Deutsch-amerikanische Beisprechungen.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.N.S. Washington, 2. März. Staatssekretär Kellogg wird binnen kurzem mit Deutschland Verhandlungen eröffnen über Ausbehnung der Frist innerhalb welcher deutsche und amerikanische Erbschaftsprüfung wegen ererbter Kriegsschäden angemeldet werden können. Als Schlußtermin ist der 1. Juli 1928 vorgesehn.

Feuersbrunst in einem Tiroler Dorf.

T.M. Innsbruck, 2. März. Heute nachmittag um 4 Uhr brach im Bürgermeisterhaus des bekannten Ortes Nassereith Feuer aus, das sich bei starkem Südwind mit unheimlicher Schnelligkeit verbreitete. Bis um 1/2 6 Uhr waren bereits mehr als 20 Häuser des Ortes eingeeäschert. Es herrschte großer Wassermangel, jedoch die Bevölkerung dem rasenden Element hilflos gegenüberstand. Um 1/2 6 Uhr rückte von Innsbruck die Feuerwehr mit der Motorpumpe aus, die Wasser von einem nahegelegenen See in den Ort pumpen mußte, jedoch erst dann das Rettungswerk mit voller Kraft einlehen konnte. Nach den letzten Meldungen sind bereits weitere Häuser von den Flammen ergriffen worden. Es ist fast das ganze Dorf von der Feuersbrunst bedroht. Nassereith zählt 160 Häuser mit 1100 Einwohnern.

Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen Schiele.

Die Abstimmungen zum Landwirtschaftsetz.

* Berlin, 2. März. (Frankfurt.) Präsident Koebbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Außerhalb der Tagesordnung erklärte Reichsinnenminister von Reubell

auf sozialdemokratische Kritik an der Geschäftsführung der Roggenrentenbank, wobei der Name des Ministers genannt wurde. In den Ausschussrat der Roggenrentenbank bin ich auf Wunsch meines früheren Freundes, des Regierungspräsidenten von Schwerin in Frankfurt a. O., eingetreten, um die innere Kolonisation, deren Förderung sachungsgemäß der Roggenrentenbank oblag, zu unterstützen. Die jährliche Aufsichtsratsantenne hat, wie ich im Einverständnis mit den anderen Aufsichtsratsmitgliedern mitteilen möchte, etwa 3000 Mark jährlich betragen, wovon ein Jahr in die Instanzzeit fiel. Einen Tag nach meiner Ernennung zum Reichsminister bin ich aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Auch die beiden anderen Herren sind im Frühjahr 1927 ausgeschieden. Obwohl es die Öffentlichkeit nicht interessieren dürfte, aber weil die Gewährung der Aufsichtsratsantenne ein einseitiges Bild meiner Beziehungen zur Roggenrentenbank gibt, stelle ich ferner fest, daß ich geglaubt habe, im Interesse der inneren Kolonisation einen größeren Posten Roggenrentenbriefe übernehmen zu sollen. Der mir dadurch persönlich erwachsene Schaden durch dauernde Belastung meines Vermögens übersteigt in Goldmark weit das hundertfache der jährlichen Aufsichtsratsantenne. (Hört, hört! rechts, Unruhe links.)

Das Haus legt dann die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vor.

Abg. Regenmann (Linke) stellt fest, daß jetzt noch alleseitig sich ein gewisses Wohlwollen für die Landwirtschaft und Verständnis für ihre Notlage zeige. In der Siedlungsfrage sei heute das Schlimme, daß von 100 Siedlerstellen 993 Blöcke sind. Die besten Siedler seien die Landarbeiter. Bei einer Bauernrevolution würden heute Großgrundbesitzer, Landarbeiter und Bauern zusammengehen. Heute seien nicht mehr die Kaserne und Zehnpfunde das Schreckgespenst, sondern die Lohn und Manasse.

Abg. Pennebaum (Zentrum) beklagt, daß der deutsche Bauer technisch rückständig sei. Er verweist besonders auf Österreich und Dänemark, wo Unvergleichliches geleistet worden sei. Aber gerade die Betriebe, die sich bemüht hätten, zu rationalisieren, seien in Not geraten. Mancher Städter bringe nicht die nötige Intelligenz auf, um zu begreifen, welche Unmenge von Intelligenz sich hinter den „bliden Kartoffeln“ verberge. (Heiterkeit.) Der Redner fordert eine freiwillige Propaganda bei den deutschen Hausfrauen, die immer noch eine unzureichende Vorliebe für ausländische Lebensmittel hätten.

Abg. Hürle (Kom.) erklärt, über die Not der Landwirtschaft habe man im Reichstag nur nachgedacht. Die Not der Klein- und Mittelbauern sei bisher von den Regierungsparteien nur mit Hohn und Spott abgetan worden.

Reichsernährungsminister Schiele

legte weitgehende Unterstützung der Forderungen des Vordrängers vor. Die nächsten Monate würden das Schicksal der Landwirtschaft entscheiden. Die Bereitstellung des Hundert-Millionenfonds solle dazu dienen, im Dünge- und Saatgutbereich keine Hemmnisse eintreten zu lassen. Der Minister verbreitete sich dann über die Verwendung der Notfonds. Daß die deutsche Standardware keinen genügenden Absatz finde, sei vor allem ein Mangel der landwirtschaftlichen Organisation. In der Frage der Aufstellung der Notfonds könne man der preussischen Anregung nicht folgen. Das ganze Genossenschaftswesen müsse vereinheitlicht werden. Eine einfache schiffsmäßige Verteilung an Länder und Provinzen würde für die Landwirtschaft nichts bedeuten. Es gelte vor allem, die aufbauenden Kräfte der Selbsthilfe aufzufangen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Darum seien die Notfonds in erster Linie zur Unterstützung der Selbsthilfemaßnahmen bestimmt. Die Kernfrage der Agrarkrise sei der Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Es gelte, eine bessere Marktgestaltung zu ermöglichen. Der Landwirtschaft liege weniger an einer Erhöhung der Preise, sondern an ihrer Stabilisierung. Auf die sozialdemokratische Frage, was er für die Landwirtschaft getan habe, antwortete er mit der Gegenfrage, ob die Sozialdemokratie in unbedenklichen Mengen zollfrei ins Land kommt und wenn man einen Zoll für Kartoffeln und Gemüse ablehnt. Unsere Maßnahmen, so schließt der Minister, können nur einen dauernden Erfolg haben, wenn wir gleichzeitig herangehen an einen grundsätzlichen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.

Albrecht Dürer.

Von Wilh'm Schäfer.

Als Wohlgenut Meister der Nürnberger Schilderzunft war, brachte ein Waidweber seinen Knaben zu ihm in die Werkstatt, weil er mit Eifer und Tränen zur Malerei wollte.

Albrecht Dürer war er genannt, hielt fleißig die Lehre, obwohl die wilden Gesellen des Meisters den zärtlichen Lehrling mit Hohn und Schabernack plagten.

Nach seiner Lehre zog Albrecht Dürer gen Colmar, wo Martin Schongauer Meister der Stichelkunst war; er fand den Meister nicht mehr am Leben, aber er blieb als Geselle in Colmar, Straßburg und Basel und lernte so trefflich zu zeichnen, daß Menschen, Tiere und Bäume auf seinen Blättern lebhaftig dastanden.

Daß er selber in Nürnberg Meister der Schilderzunft würde, rief ihm der Vater endlich zurück und hatte ihm auch schon die Hausfrau gelacht aus gutem Geschlecht.

Aber der Sohn hob an zu ringen um reicheren Ruhm; er ließ die Frau und die Werkstatt und fuhr nach Venedig, begierig, die weltliche Meister zu sehen und was sie mehr als die Deutschen vermöchten.

Da sah er mit Staunen, wie gut sie den Bau des menschlichen Körpers und die Gelecke der Räumlichkeit kannten: rechte Körper rechte in den Raum zu stellen nach ihrer Bedeutung, das sah ihm danach die Richtung an, ein Meister zu werden.

Aber er war kein Waidweber, er mußte zurück in die Nürnberger Werkstatt und mußte durch Mühsal die Wegspur suchen, wo seine mit lächelnder Leichtfertigkeit gingen.

Als er dahinter war, fing er mit Holzschritten an — Heiligenbilder machten sie so für die Massen, Bilder geschnitten in hölzernen Platten und abgedruckt auf geschöpftem Papier — er aber schnitt die vierzehn Blätter der Offenbarung Johannis.

Da thronte inmitten der sieben Leuchter Christus hoch in den Wolken, seine Hand blühte Sterne, aus dem Mund ging das zweischneidige Schwert; da kämpften die Geister im Himmel und Michael traf den teuflischen Drachen; da ritten die grauenhaften Ritter zu vier durch die braunende Luft, den vierten Teil der Menschheit vernichtend.

Wir wie der Trost dieser Träume waren die Striche: zerfitterte Wolken mit schäumenden Rändern, geringelte Loden, zackige Faltenzweiger, flatternde Engel und wehende Bäume füllten den schwarzweißen Raum seiner Blätter.

Da war noch einmal die gotische Welt, der Altar von Wenheim glühte hinter den Strichen; aber die Sehnsucht des Nürnbergers war auf die Klarheit gerichtet: wie der Mond aus Gemälden, wollte das Werk seiner Hand in den Sternhimmel steigen.

Der Sternhimmel stand, und der Mond stieg tapfer hinaus in die ewigen Räume, aber das traurige Gewölbe hing ihm an: bis der Tod seine Hand still legte, rang Albrecht Dürer um Klarheit und blieb in den Wolken der nebligen Wälder gehindert.

Abg. Frau Dr. Büders (Dem.) weist darauf hin, daß gerade der Städter im Interesse der Landwirtschaft auf das Mißverhältnis zwischen Preisen und angebotener Ware hinweisen müsse.

Abg. Frau Schott (Dinatl.) tritt für Rationalisierung der Hauswirtschaft ein, um auch der Hausfrau die Möglichkeit zu geben, sparsamer Wirtschaft zu betreiben.

Abg. Lind (Dinatl.) fordert zweckmäßige und hygienische Milchbehandlungsanlagen, damit die Bevölkerung mit Qualitätsware versorgt werden könne.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) kommt auf die Erklärung des Ministers von Reubell zurück und stellt fest, daß er Angaben über die Tantieme des Ministers nicht gemacht habe. Er habe lediglich behauptet, daß der Vorstand der Roggenrentenbank Tantiemen im Umfang von 300 000 Mark erhalten habe.

Vor den Abstimmungen gibt Staatssekretär Hoffmann zu den Anträgen auf Einsetzung von Mitteln für die Kinderpeisung die Erklärung ab, daß die Regierung diesen Anträgen nicht zustimmen könne. Das Bedürfnis zur Fortführung der Kinderpeisung sei anzuerkennen. Die Reichsregierung würde es begrüßen, wenn Länder und Gemeinden hier Maßnahmen treffen würden.

Die Streichung des Ministergehalts wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Vor der Abstimmung über den kommunalistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister erklärt Abg. Saas (Dem.), keine Partei bringe der Regierung in ihrer Gesamtheit Mißtrauen entgegen. Deshalb könne man aber nicht jeden Tag Mißtrauensanträge einbringen. Das wäre Mißbrauch mit der wichtigsten Waffe des Parlamentes. Nachdem sich seine Fraktion bereit erklärt habe, an dem Dawesprogramm mitzuarbeiten, habe sie gegenwärtig keine Veranlassung, dem Mißtrauensantrag zuzustimmen.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu den Entschuldigungen über Hilfsmittel für die Winzer verweist Staatssekretär Hoffmann auf die in den letzten Jahren für die Winzer ausgemerkten Beträge. Unbilligkeiten und Härten sollten bei der Rückzahlung der Kredite vermieden werden. Ein allgemeiner Erlass der Zinsen könne aber nicht stattfinden. Bei nachweislicher Mißerte wolle man mit Stundung helfen. Angenommen wird eine Entschuldigung, die die Regierung ermächtigt, die den Winzern gewährten Kredite nach Lage des Einzelfalles ganz oder zum Teil niederzuschlagen. In weiteren Entschuldigungen werden Kreditmaßnahmen und Frachtermäßigungen gefordert. Eine sozialdemokratische Entschuldigung, alle Futtermittelgüsse aufzuheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Auch die Ausschussschließungen über die Umgestaltung im Sinne des Notprogramms werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für die Kinderpeisungen 5 Millionen Mark in den Etat einzusetzen, wird mit 193 gegen 169 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ein von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums vorgeschlagener Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für die Förderung des Baugewerbes verfällt mit 155 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Die auf Gertrudfleisch und Fleischfuhr bezüglichen Anträge werden zurückgestellt, bis die entsprechenden Vorlagen des Notprogramms beraten werden. Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr. Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

wohl von der Behörde auf die Strafbarkeit falscher unethischer Aussagen hingewiesen worden war, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Ausschuss nahm ferner einstimmig eine Entschuldigungsantrag an, die die Reichsregierung ersucht, im gesamten Gerichtsverfahren auf eine wesentliche Einschränkung der Eidesabnahmen hinzuwirken. An die Stelle des Vorbeides soll der Raschid treten. Sachverständige sollen nicht beidigt, sondern nur befragt werden dürfen, soweit sie zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit nötig ist. Auf Vorschlag der Sozialdemokraten beschloß der Ausschuss dann noch die bisher gefassten Beschlüsse des allgemeinen Teils auf die auf der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz gefassten Beschlüsse abzustimmen. Die Beschlüsse wurden ohne Aussprache angenommen.

Das deutsche Handwerk zum Regierungsprogramm.

* Berlin, 2. März. (Frankfurt.) Nach einer Erklärung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks hat das Handwerk mit großem Bedauern von der Regierungserklärung Kenntnis genommen, wonach unter den vorgesehenen Hilfsmitteln für die Landwirtschaft auch solche seien, die sich einseitig zu Ungunsten des Handwerks auswirken müßten. Das deutsche Handwerk müsse es als eine Unmöglichkeit bezeichnen, wenn in weitgehendem Maße öffentliche Gelder einseitig zur Versorgung der Landwirtschaft bereitgestellt werden sollten. Gerade weil das Handwerk auf das engste mit der Landwirtschaft verbunden sei, habe es das lebhafteste Interesse an Maßnahmen, die tatsächlich eine Besserung herbeiführen sollten. Als solche kämen in erster Linie in Frage: Maßnahmen zur dauernden Erhöhung der Rentabilität, Abbau des Steuerbetrudes, Minderung der sonstigen Lasten und Rationalisierung in Gesetzgebung und Verwaltung. Es sei bedauerlich, daß das Regierungsprogramm der Reichsregierung auf den Fragen des Handwerks überhaupt nicht eingehe. Wenn es der Reichsregierung Ernst sei mit ihren Zusicherungen, auf die Gründung und Stärkung des Handwerks Bedacht zu sein, dann sei Gelegenheit zur Befähigung des Wohlwollens gegeben.

Tages-Anzeiger.

- (Nachbes. siehe im Inseratenteil.)
- Samstag, den 3. März.
- Vandeseiter: Filom. 19-22 Uhr.
- Badische Singschule-Konzertsaal: 8 Uhr.
- Nonantische Ortsgruppe: Kurim-Kostüm-Wall in den Sälen der Handelskammer (Karlstraße 10), 8 Uhr.
- Kameradschaft ehemal. Ausch. Hef. Feldart.-Reg. 51: Zusammenkunft im Prinz Karl, 8 Uhr.
- Kameradschaft 3. 4: Zusammenkunft im Kaffergarten, 8 Uhr.
- T.-B. 1846: Samstagsversammlung in der Glashalle des Stadtgartens, 8 Uhr.
- Baderachiller-Verein: Große Tanzunterhaltung in der Waldhalle, 8 Uhr.
- Kolossen: Keine „Im Flug um die Welt“, 8 Uhr.
- Hotel Hotes Gass: Tanz.
- Kaffee Ideen: Großes Sonderkonzert, 8 1/2 Uhr.
- Wie Bannet: Großes Sonderkonzert, 8 1/2 Uhr.
- Prof. Dr. Original: Original-Besprechungs-Konferenz, 8 Uhr.
- Kaffee Grüner Baum: Tanzabend.
- Erzähler: Großes März-Programm und Tanz.
- Sam Glasten: Familien-Konzert, 8 Uhr.
- Mosart: Kabarett und Tanz, 8 Uhr.
- Wiener Hof: Tanz.
- Waldens-Vierstühle: Der Weg allen Fleisches.
- Maria-Palast: Der Weltkrieg.

Wirth und Köhler nach Freiburg abgereist.

m. Berlin, 2. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am Freitag und Samstag findet die Tagung der badischen Parteinstanzen des Zentrums in Freiburg i. Br. statt, die, wie aus politischen Kreisen verlautet, sich in erster Linie mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die kommenden Wahlen beschäftigt. Der Reichsfinanzminister Köhler hat am Freitagabend Berlin verlassen, um an dieser Sitzung teilzunehmen. Auch Herr Dr. Wirth ist hingefahren. Es wird sich also darum handeln, ob das badische Zentrum weiterhin an Wirth festhalten will oder ihn ausstößt. Es ist ja schon früher davon die Rede gewesen, daß der Reichsfinanzminister, der zurzeit dem Reichstag nicht angehört, vom Zentrum auf die Wahlliste gesetzt werden sollte.

Die Beirtragung des Fallescheldes.

* Berlin, 2. März. (Frankfurt.) Der Strafrechtsausschuss des Reichstags nahm in seiner heutigen letzten Sitzung in dieser Reichstagsperiode den § 184 an, wonach der Fallescheld mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und jahrlängiger Fallescheld mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird. § 197 wurde in folgender Fassung angenommen: Wer als Zeuge oder Sachverständiger unethisch falsch auslegt, ob-

Rechte Körper recht in den Raum zu stellen nach ihrer Bedeutung, das blieb seine Aufgabe; aber die Körper sperrten sich sehr, und der Raum schwand im Gedränge der Vielheit, bis seinem Alter das Bild der Apostel gelang.

Dem heiligen Wort gleich im Aufbruch der Tage standen sie da und füllten den Raum mit einfacher Größe: alles war recht, Körper, Raum und Bedeutung, nur das Gewand der Empfindung war auf gewisse Weise geübt.

Zwischen den Zeiten war seiner Seele die Weite verächtlich; Hergang und Hingang rangen in all seiner Kunst und Stärke, weil ihm kein Willkür der Gegenwart Ueberflut schenkte.

Niemals gelang ihm der Fuß aus der glühenden Schmelze, wie er dem Altar Grünwalds Inbrunst, Grauen und Seligkeit gab. Aber wie Jakob wog er den Segen, als er den Stichel ansah, die deutschen Blätter in Kupfer zu graben.

Den Ritter zuerst, wie er hinaus ritt von seiner Burg, Tod und Teufel um Trost der Kampfritt zu wagen; da lag er selber zu und war ein Sinnbild der Zeit, die mit gepanzerten Füßen dem Geiste wider die falschen Gewalten das Wegrecht zu zwingen gedachte.

Aber der Geist war in die Fesseln der Frage verstrickt: mit lahmen Füßeln der Melancholie sah die Mutter der Dinge und konnte der Faust des Ritters nicht folgen, weil ihre forschenden Augen den Irrweg erkannten: so war das zweite Blatt seiner Striche.

Aber das dritte war dies: im engen Gehäuse sah der Greis und schrieb seine Blätter; da war der Tod nur noch ein Schadel, der im Abendlicht zwischen den Blättern und Rissen — der Arbeit und Ruhe — dem Dalein gehörte: Reineke Fuchs und der Löwe, Klugheit und Herrschergehalt lagen im Schummer zu seinen Füßen, indessen die gläubige Einfalt ihr Tagewort machten.

Drei Blätter in Kupfer gestochen: aber die alte und neue Zeit, Herkunft und Hingang des Geistes, waren darin mit deutscher Seele geschrieben.

Liebhaber und Nebenbuhler zugleich.

Neu einstudiert: „Der Waffenschmied“.

Für ein heiteres Volksstück rollt der Ritter von Liebanau, ein beherzter und offener Bursch, durch seine Werbung um das blonde Löcherlein des Wormser Waffenschmiedes ein freundlich gesinntes, romantisch schwärmendes Bild des mittelalterlichen Handwerkers und Bürgerlebens auf. Er muß sich schon als Schmiedegelle verkleiden, um in das Haus des auf die Ritterschaft nicht gut gestimmten Meisters und in das Herz seiner Tochter Marie Eingang zu finden. Das gibt den hübschen Lustspielcharakter, der den Ritter den Liebhaber und Nebenbuhler in einer Person aufweisen und das unvorhergesehenen doch richtig zugreifen läßt. Das gibt reiche Gelegenheiten für Albert Vorhagen's barocken und gemüthlichen Humor, der nicht nur aus den drei Hauptgestalten

lacht, sondern auch aus den Schrülen und der Jungenfertigkeit der alljährlichen Waise, und aus den dummschönen Intrigen des Einfallspunkts Welfhof.

Viele Nebenbuhler sind aus diesem „Waffenschmied“ in den Schatz unserer Schindwörter übergegangen. Das Alter darf dem „Jüngling mit lockigem Haar“ und von der alten „Wäldchen Zeit“ träumen, die Jugend darf leicht hinlachen „Man wird nur einmal geboren“. Jeder findet darin etwas für seinen Geschmack. Die leicht und flüchtig hinziehende Musik wirkt sozusagen nach allen Seiten. Sie ist geistvoll, ernst oder sentimental; sie findet im Liebanau, schau, schau“ den feinen Lustspielton und musikalisch ihre Höhepunkte in Marias Arie und in dem fast mosartisch erscheinenden Szepter. Doch trotz der Einfachheit will dies alles gut dargeboten und gut gelungen sein.

Nach den italienischen, spanischen und französischen Opern, für deren Wiedergaben unser Landestheater keine besten Künstler herausgestellt hatte, waren für diesen Vorabendabend für diesen lebenswerten deutschen Spielabend nicht nur die erste sondern auch die zweite und dritte Besetzung vereinigt. Das gab nicht immer einen guten Klang. Kammerorganist Rudolf Weyerbach war in den ersten Szenen als Graf Liebanau in starken Hemmungen versunken, gewann jedoch im weiteren Verlauf an Sicherheit und formte einen gewandten, zu gegebener Zeit auch die Szene beherrschenden Liebhaber und Nebenbuhler in einer Person. Karlheinz Löfer, dem hübschen Ritter Welfhof eine nicht unzulängliche weibliche Fülle gebend und

Ein Zwischenfall im Haushaltsauschuß. Streichungen bei der Position Gewerbeschulen.

Der Haushaltsauschuß des Badischen Landtags fuhr am Freitag vormittag mit der Beratung des Voranschlags für das Ministerium des Kultus und Unterrichts fort. Nach Erledigung des Titels „Staatsstechnikum“, worüber wir unsere Leser an anderer Stelle dieser Ausgabe unterrichten, genehmigte er die Anforderungen für die Uhrmacherschule in Furtwangen mit Mk. 93 140.— und die Schnitzerschule in Furtwangen mit Mk. 52 620.—.

Bei den Gewerbeschulen legte der Minister auf einen vollsparteilichen Antrag hin die Organisation der Gewerbeschulen und die Vorbildung der Gewerbeschüler in längeren Ausführungen dar. Man ist sich in der Anerkennung der Leistungen der Gewerbeschulen im allgemeinen einig. Ueber die Bewährung der neuen Art von Gewerbeschulern, die jetzt aus den Diplomingenieuren genommen werden, fehlt noch die Erfahrung. Vom Zentrum werden Klagen über zu geringe Bezahlung der Nebenlehrer aus Handwerkskreisen vorgebracht. Dem Ministerium sind solche Klagen noch nicht zu Ohren gekommen. Für Stellvertretung und Dienstaushilfe werden Mk. 300 000.— angefordert, gegenüber Mk. 115 000.— im vorigen Budget, also Mk. 185 000 mehr. Diese gewaltige Steigerung führt der Minister auf die Vermehrung der Schüler um 995 und die Vermehrung der Klassenzahlen um 159 zurück. Dieser Vermehrung gegenüber sei die Erhöhung der Lehrerzahl um 37 noch zu gering. Man habe auch das Streben, immer mehr Fachklassen zu bilden, um gleiche oder verwandte Berufe für sich zu unterrichten. Von der Volkspartei und vom Zentrum wurde nicht bestritten, daß der Ausbau von Fachklassen an sich wünschenswert sei, daß man aber angeht die Finanzlage sich Zurückhaltung auferlegen müsse; diese große Steigerung sei nicht zu rechtfertigen. Schließlich wurde eine Herabsetzung von Mk. 300 000.— auf Mk. 200 000.— mit 10 Stimmen gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen. Die Vertreter der Sozialdemokratie beantragten bei der nächsten Position (Vergütung für Nebenlehrer) eine Streichung von ebenfalls Mk. 100 000.— mit der Begründung, daß ein Aufwand von Mk. 100 000.— bis Mk. 120 000.— allein für den Religionsunterricht mit 295 Religionslehrern erforderlich sei. Den Religionsunterricht an den Gewerbeschulen hätte der Minister Hellpach seiner Zeit ohne den Landtag durch Verordnung eingeführt. Dieser Unterricht sei unnötig. Dagegen wandte sich das Zentrum. In dieser gespannten Lage wünschte der Minister, daß die Verhandlungen ausgekehrt werden, da er die Verantwortung über diese starken Streichungen ohne Kabinettsberatung nicht auf sich nehmen könne. Von der Sozialdemokratie wurde erklärt, es sei für sie nicht länger tragbar, daß die größte Regierungspartei, das Zentrum, mit der Opposition zusammen systematisch das Budget zusammenstreichende und die Sozialdemokraten mit den Demokraten allein die Regierung decken sollten. Die Sozialdemokraten unterstützen deshalb den Wunsch des Ministers auf Aussetzung der Beratung. Schließlich rettete ein Vorschlag des Zentrums die Situation, der dahin ging, daß bei der Stellvertretung und Dienstaushilfe, Mk. 50 000.— und bei der Vergütung für Nebenlehrer auch Mk. 50 000.— gestrichen werden, daß aber die beiden Positionen untereinander übertragbar sein sollen. Von der Volkspartei wurde ausgeführt, daß sie mit der Übertragbarkeit nicht einverstanden sei; was an einer Position erspart werde, dürfe nicht bei einer andern ausgegeben werden. Schließlich wurden jeweils Mk. 50 000.— einstimmig gestrichen. Die Übertragbarkeit wurde mit 18 Stimmen gegen 8 Stimmen der Deutschen Volkspartei und eines Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung eines Demokraten angenommen. Die Gegenätze unter den beiden größten Regierungsparteien sind bei dieser Frage noch einmal ausgeglichen worden.

Unfälle.

Würrersheim, 2. März. (Unfall.) Durch Scheuen seines Pferdes stürzte der Landwirt Andreas Dutz von hier so unglücklich vom Wagen, daß er schwere Verletzungen am Kopfe und innere Verletzungen davontrug. Sein Zustand ist bedenklich.

Lörrach, 1. März. (Unfall.) Am Tollinger Berg auf dem Wege nach Weilingen ereignete sich am Mittwoch ein schwerer Unfall. Ein 25 Jahre alter Arbeiter von Lörrach kam den steilen Berghang auf seinem Rade dahergelaufen, obwohl dieser Weg für Radfahrer verboten ist. Der Mann verlor die Herrschaft über sein Rad und stürzte auf die zu ihrem Garten gehende 80 Jahre alte Frau Kretzer von Lörrach. Die Frau wurde besessen geschleudert und erlitt eine so schwere Kopfverletzung, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Auch der Radfahrer trug schwere Verletzungen davon, die jedoch nicht lebensgefährlich sind. Beide wurden bewußtlos aufgefunden und ins Lörracher Krankenhaus eingeliefert.

Brandschäden.

Serten b. Rheinfelden, 2. März. (Brand.) In der St. Johann-Anstalt brach im Hauptgebäude ein Schadenfeuer aus, das jedoch bald gelöscht werden konnte, jedoch kein größerer Schaden angerichtet wurde. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 3000 Mark.

Wöhrenbach b. Willingen, 2. März. Ein Fabrikbrand, der gestern nachmittag bei der Firma Heine u. Sohn hier ausbrach, brachte zwei Arbeiter in eine gefährliche Lage. Sie befanden sich in einem von den Flammen stark bedrohten Raum, konnten aber nicht ins Freie gelangen, da die Ausgangstür durch das Feuer versperrt war, eine zweite Tür verschlossen und die Fenster vergittert waren. Erst auf ihre Hilferufe wurde die verschlossene Tür geöffnet. Die beiden hatten jedoch schon so starke Brandwunden im Gesicht und an den Armen davongetragen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Der Brand konnte verhältnismäßig rasch gelöscht werden, ohne größeren Schaden anzurichten.

Singen, 2. März. (Brand.) Heute nacht brannte das Doppelwohnhaus der Landwirte Joh. Ruf und Willi Furrer in Nieslingen vollständig nieder. Hausgeräte konnten nur wenig gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Wültenberg, 2. März. (Brand.) Hier brannte das Stall- und Detonolegebäude der Frau Landwirt Bernhard Bollmar bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden.

Ubstadt, 2. März. Gestern nachmittag hat sich ein 16jähriger Fächerlehrling, nachdem er von seiner Arbeitsstätte zurückgekehrt war, in seinem Zimmer durch einen Schuß in den Mund getötet.

Godesheim, 2. März. (Der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl.) Da auch der zweite Wahlgang der hiesigen Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen ist, hat jetzt der hiesige Gemeinderat den dritten Wahlgang auf Samstag, den 10. März, abends 7 bis 8 Uhr, festgesetzt. Sollte auch dieser Wahlgang ergebnislos verlaufen, so würde der Bürgermeister gemäß § 21, Absatz 4 der Gemeindeordnung durch das Ministerium des Innern auf die Dauer von zwei Jahren ernannt werden.

Kirchdorf b. Willingen, 2. März. Ein starker Erdstoß wurde hier heute nacht um 12.12 Uhr verspürt. Schaden scheint nicht angerichtet worden zu sein.

Badischer Städteverband.

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Baden-Baden unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Walz-Heidelberg eine Sitzung ab, zu deren Beginn der Präsident des Badischen Spartassen- und Giroverbandes Dr. Gungelmeier einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Ausnahme von Auslandsanleihen und einige sonstige wichtige Angelegenheiten des Spartassen- und Giroverbandes erstattete.

Die von einer Unterkommission im Benehmen mit Vertretern der Beamtenchaft ausgearbeitete Neuregelung der Besoldung der Gemeindebeamten wurde genehmigt. Dann wurde beschlossen, daß die Kinosteuer den Städten in ihrer derzeitigen Höhe unbedingt erhalten bleiben müsse, nachdem der Steuerertrag seit dem 1. Oktober 1926 von durchschnittlich 2 1/2 Prozent bereits auf 11,7 Prozent des Entgeltes, also um nahezu die Hälfte ermäßigt worden sei. Das Land läßt bei der Berechnung des Gemeindeanteils an den Kosten der im Polizeidienst verwendeten Schutzpolizeimanschaften in Höhe von 6/10 den Betrag außer Ansatz, den es vom Reich zu den Kosten der Schutzpolizei erhält. Der Anteil der Städte an den Polizeikosten ist daher höher, als er nach den gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich sein müßte.

Im übrigen beschäftigte sich der Vorstand mit der Neuregelung der Wertzuwachssteuer, der Kriegenunterstützung und Parteizuteilung für Arbeitslose, der Kranken- und Unfallversicherung der Gemeindebeamten, Aufwertungsfragen und einer Reihe von Unterstützungsfragen.

Zum Anschluß an die Sitzung richtete der Vorsitzende an den zum 1. April d. J. aus seinem Amte scheidenden Oberbürgermeister Dr. Kuper-Mannheim herzliche Abschiedsworte, in denen er auf seine außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung des badischen Gemeindelebens hinwies.

Söllingen, 2. März. (Das unheilvolle Kragenschnipschen.) Hier nahm ein Waldarbeiter sein Kragenschnipschen in den Mund und verschluckte es. Es kam in die Lufttröhre und setzte sich an der Lunge fest. Man brachte den Mann sofort nach Baden und von dort nach Heidelberg, wo ihm das Schnipschen auf operativem Wege entfernt werden mußte.

Lahr, 2. März. (155 Bewerber um die Bürgermeisterposten.) 155 Bewerbungen sind für den ausgeschriebenen Posten eines Oberbürgermeisters und eines Bürgermeisters der Stadt Lahr eingelaufen, und zwar 49 für den Oberbürgermeister, 17 für Bürgermeister und Bürgermeister und 89 für den Bürgermeisterposten. Ein Ausschuß wird die Angebote prüfen.

Gernsbach, 2. März. Eine historische Begebenheit wurde auf Veranlassung des Bürgermeisters von Gernsbach vor bögiger Vergessenheit bewahrt; denn es wurde in Erinnerung an das Gefecht bei Gernsbach am 28. Juni 1849 zwischen Freischützern und Regierungstruppen und zum Andenken an die dabei Gefallenen ein aus einem mächtigen Granitblock bestehendes würdiges Denkmal an der Stelle des evangelischen Friedhofes errichtet, wo die bei dem Gefecht ums Leben gekommenen 8 Freischützer und 6 unbeteiligte Bürger seinerzeit beerdigt wurden.

Lahr, 2. März. (Vater und Tochter feiern den 13. Geburtstag.) In diesem Jahre haben sowohl die jüngste Tochter als auch der Vater einer hiesigen Familie ihren 13. Geburtstag. Die Tochter ist 1915 geboren, der Vater 1876, aber am 29. Februar; er hat somit nur alle vier Jahre Geburtstag, von 1896 bis 1904 sogar nur nach acht Jahren, weil 1900 kein Schaltjahr war.

Waldshut, 1. März. Die auf heute abend angelegte Bürgerauschuhführung nahm einen verhältnismäßig raschen Verlauf. Der Vorsitzende, Bürgermeister Hammerle, teilte zu Eingang der Sitzung mit, daß das der Sozialdemokratischen Partei angehörende Mitglied Kurt Riefer, Oberstensekretär, durch seine Verletzung nach Wolsch aus dem Bürgerauschuß ausgeschieden sei und der Monteur Wilhelm Blum nachrückte. Darauf wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung genehmigt. Dem Erwerb eines Waldgrundstücks auf Gemarkung Lippburg ist somit zugestimmt, ebenso dem Erwerb zweier Grundstücke im Gewann Ebersmatt, dem Erwerb eines Wagenstellplatzes im Gewann Röhle und dem Erwerb von drei Grundstücken am Zielberg, wo die Anlage eines Rundwegs durchgeführt werden soll. Die Mattenerungsgebühren für die Jahre 1926 und 1927 wurden dem gemeinderätlichen Antrage entsprechend auf 4 Mark pro Hektar und Jahr festgesetzt. Die Gewährung eines Darlehens von 30 000 Mark an den Hospitalfond wurde gleichfalls gutgeheißen.

Waldshut, 2. März. (Weichenländung.) Am Mittwoch wurde aus dem Rhein oberhalb von Waldshut die Leiche eines neugeborenen Kindes gefischt, das noch nicht lange im Wasser gelegen haben dürfte. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Angelegenheit angenommen und eine Untersuchung eingeleitet.

Rühwühl, 2. März. (Todesfall.) Im Alter von 73 Jahren starb Fräulein Elisabeth Zimmermann von hier. Sie war fast 60 Jahre Arbeiterin der hiesigen Baumwollweberei. Sämtliche Arbeiter und Angestellten der Fabrik erwiesen ihr die letzte Ehre. Der Buchhalter legte einen Kranz am Grabe nieder und gedachte mit ehrenden Worten der Verstorbenen, die seit dem 10. Lebensjahre im Dienste der Firma stand.

Gurtweil, Amt Waldshut, 27. Febr. (Todesfall.) Gestern früh starb im Alter von 76 Jahren der Senior unserer Gemeinde, Altshiffermeister Jordan.

HALPAUS
MOCCA
5

Die Halpaus-Mocca-Cigarette
bietet Ihnen einen einzigartigen
Genuß. Sie vereint milden und
süßen Geschmack mit einem Aroma

Das Aroma des edelsten
Orient-Tabaks

Das Halpaus-Mocca-Cigarette
bietet Ihnen einen einzigartigen
Genuß. Sie vereint milden und
süßen Geschmack mit einem Aroma

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H. KÖLN

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. März 1928.

Die Annahme badischer Banknoten.

Die Bemühungen des Verkehrsvereins Karlsruhe, den Banknoten des Badischen Bank auch außerhalb Badens Anerkennung zu verschaffen, haben einen gewissen Erfolg gefunden.

Hierzu ist noch mitzuteilen, daß sich die Berliner Hoteliers erfreulicherweise bereit erklärt haben, alle Privatbanknoten in Zahlung zu nehmen.

Das Einfangen von Fledermäusen. Vor einigen Tagen ist ein Stadtratsbeschluss mitgeteilt worden, wonach für das Einfangen von Fledermäusen zwecks Anfechtung in der näheren Umgebung der Stadt eine Fangprämie von 50 Pfg. je Stück gewährt wird.

Sein 35jähriges Dienstjubiläum feierte heute Gerichtsvollzieher Theodor Doe, der seit 1909 in Karlsruhe tätig ist.

Generalversammlung des Feuerbestattungsvereins. Daß die Feuerbestattungslage immer weitere Fortschritte macht, bewies auch die am Donnerstag stattgefundene Generalversammlung.

Voranzeigen der Veranstalter.

Revue des Badischen Landesbühnen. Am Dienstag, den 6. März nach Aufbruch ins Volkstheater, „Paris Good now“ als „Vollstübchen-Parade“ unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor J. K. R. in Szene.

Badischer Kunstverein. Am Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, wird auf Einladung des Badischen Kunstvereins Herr Vaurat Dr. phil. Reith aus Baden-Baden im großen Saal des Künstlerhauses über seine Reise durch Tunesien und die interessanten Ergebnisse seiner Forschungen über altägyptische Kirchen sprechen.

Wie bleibe ich jung und gesund? Die Möglichkeit der Verlängerung in gewissem Maßstab kann nicht abgelehnt werden. Jede erfolgreiche Behandlung einer chronischen Krankheit ist mit Verjüngung verbunden.

Sonatenabend Neumann-Eraut. Der am kommenden Dienstag, den 6. März, verlegte Violin-Sonaten-Abend unserer einheimischen Violinvirtuosin Elisabeth Neumann und der Seibelberger Pianistin

Staatsstechnikum und Landtag.

Die Frage der Verlegung nicht akut. — Genehmigung der angeforderten Summen.

In der Freitagvormittagsitzung des Haushaltsausschusses des Badischen Landtags kam bei der Beratung des Vorantrags für das Staatsstechnikum in Karlsruhe u. a. auch das von uns in der Freitagabendausgabe erwähnte Gerücht zur Sprache.

Elisabeth Eraut wird drei Werke spätromantischer Art bringen. Zunächst die im Jahre 1900 entstandene Violinsonate in A-dur von Professor Josef Bendann d. J., dem berühmten Klaviervirtuosen, dessen Meisterkürlerin die mitwirkende Klavierpartnerin an der Württembergischen Akademie war.

Frühjahrs-Modechau.

Gestern nachmittag und abend fand im Eintrachtssaal eine „Kaffeekunde“ statt. Das reichhaltige Programm umfaßte eine Modechau, umrahmt von künstlerischen Darbietungen verschiedener Art.

Die vorgeschriebenen Frühjahrsmoden begegneten großem Interesse seitens des zahlreich erschienenen Publikums. Die Firma hat ihre Abteilung für Damenkonfektion tiefgehend vergrößert und brachte einen vollständigen Ueberblick über die letzten Modeneuheiten.

Im zweiten Teil des Programms wurden die neuesten Kostüme in Kaisha, Herrenstoffe, Panama und Presto-Stoffen vorgeführt. Weiter folgten sehr elegante Nachmittags- und Teekleider. Zur Garnierung der Mäntel, die in der Hauptsache die so beliebte Sportform anwiesen, wurden vielfach Pelze in der Abmischung zum Mantelstoff passen, verwendet.

Die glückliche Ergänzung der Kostüme und Kleider durch Hüte hatte die Firma Geschwister Gutmann übernommen. Die schönen und praktischen Taschen, die modernen und beliebten Riefchen, die sich schon alle Herzen erobert haben und die sehr aparten Schirme stammten von der Firma J. W. S., die Schmuckachen, bei der meist einfachen Verarbeitung der Kleider erst recht unentbehrlich waren.

Am die künstlerische Umrahmung der Modovorführungen machte sich Meta Feuerlein aus Mädingen besonders verdient. Sie ist dem eifrigen Konzertbesucher als Sopranistin keine Fremde in Karlsruhe. Mit zwei hübschen und anmutigen Tänzen erfreute Anneliese Sturm-Thory aus Mannheim. Kapellmeister Hermann Weber am Klavier und Konzertmeister Gartner begleiteten die Darbietungen gewandt und hingebend. Letzterer trat außerdem als Solist mit Erfolg auf.

In den Nebenräumen der Eintracht fand eine hauswirtschaftliche Ausstellung zur Beschäftigung ein. Es waren wieder über dreißig Firmen, die alle nur erdentlich und erfindungsreichen Gegenstände für Haushalt und Wirtschaft mit allen neuen technischen Errungenschaften zeigten.

KARL DÜRR, Holz- und Kohlenhandlung, Degenfeldstr. 13, Telephon Nr. 499

Geschäfts-Eröffnung. Der verehrten Einwohnerschaft teile ich ergebenst mit, daß ich ab 1. März 1928 im Hause Zirkel 5 eine neuerrichtete Metzgerei eröffnet habe.

Patente. Ohne ausreichende Praxis keine gewissenhafte Beratung und Bedienung! Büro Kleyer, Karlsruhe, Tel. 1303

„und den Herd“? nach wie vor bei A. Rosenberger, Ecke Schützen- u. Marienstr. 32

Widerruf. Die gegen den Wäckerling, 72 in einer Postkarte ausgesprochene Verleumdung nehme ich hiermit zurück.

Lastwagen für Stadt und Fernfabriken. billig zu vermieten. 2. und 3. Hand. Tel. 3712. Werberstr. 46

Kapitalien. 30000 RM. und mehr unter günstigen Bedingungen gegen beste Sicherheit zu verleihen.

200 Mark auf kurze Zeit gegen hohen Zins u. wöchentl. Ratenrückzahlung zu leihen.

Möbel. Wer heut gewährt hohen Rabatt trotzdem zu teure Preise hat. Von meinen Möbeln jedes Kind weiß, daß Sie gut und billig sind.

Kugel-Käse. rot gewachst, beste Qualität aus feinst. Rohmaterial, keine abfallende Ware.

Sehr fein und preiswürdig sind meine 7820 Stets frisch gebr. Kaffee's aus eigener Rösterei. CARL ROTH DROGERIE TELEFON 6180 6181

Reste in Klöppel, Filetspitzen und Stickereien enorm billig. la Qualitäten 7974. Kaiserstr. 174 Spitzenhäuser

4-500 Trinkeier prima Landbutter zu billigen Tagespreisen. Angeb. unt. Nr. 85217 an die Badische Presse.

Kanariensänger empfehle ich Jäger (7890) Amalienstr. 22, 3. Stod

Immobilien. Remables HAUS mit Baden zu kaufen gesucht, auch auswärts.

Zu verkaufen: 2 gut erhaltene, gleiche Beistellen, evtl. Schlafzimmer zu kaufen gesucht.

El. Staubsauger. Ideal, zu kaufen gesucht über neuen Saugern- und Damentleider einwandig.

Schreibmaschine. Gebrauchte (Ideal, Continental, Stöcker, od. Urania) gesucht.

Kaugeluche. Von Privat schön. zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. Nr. 85278 an die Bad. Presse, Fil. Werberstr.

Kollbitto. In Fuhrrolle sofort zu verkaufen. Preis: 1200. Badborstr. 12. port.

